

Pulsnitzer Anzeiger

Dhormer Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpt., bei Lieferung frei Haus 55 Rpt. Postbezug monatlich 2,50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsabgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 5 - für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. - Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stello.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. - D. N. VII. r. Geschäftsstelle: Nur Adolf-Dittler-Straße 2 - Fernruf nur 221

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Ramenz, der Bürgermeister zu Pulsnitz und Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 221

Freitag, den 22. September 1939

91. Jahrgang

Wozu noch Krieg?

„Ein Volk von 80 Millionen mit offener Tür nach Norden, Osten und Süden ist unbesiegbar“

Durch die Danziger Rede des Führers ist die Begrenzung unserer Kriegsziele klar vor aller Welt herausgestellt worden. Wir dachten und denken niemals daran, was Herr Chamberlain dem „Hitlerismus“ immer wieder unterstellt, die deutschen Grenzen „bis zum Ural“ nach Osten vorzuschieben. Unser Kriegsziel ist mit der Ausräumung des polnischen Unruheherdes erreicht, und im Einvernehmen zwischen Deutschland und der Sowjetunion wird der Friede im osteuropäischen Raum für immer gesichert werden. Das Polen von Versailles ist ausgelöscht. Damit ist aber den Westmächten jeder Vorwand für einen kriegerischen Konflikt mit Deutschland genommen.

Wir haben, wie der Führer unmissverständlich erklärte, weder gegen England noch gegen Frankreich ein Kriegsziel. Wozu also noch Krieg? So fragt man sich mit Recht in der ganzen Welt. Die Weiterführung des Krieges ist sinn- und zwecklos. Diese Auffassung wird heute von allen Ländern vertreten mit Ausnahme von England und der in seinem Schlepptau befindlichen französischen Regierung.

So schreibt die spanische Zeitung „Informacion“, daß Spanien von der Führerrede mit hoffnungsvollem Herzen Kenntnis genommen habe, denn noch immer sei Deutschland bereit, Frieden zu schließen und Europa auf einer gerechten Grundlage neu zu ordnen. Dieser Wunsch sei eine Forderung des gesunden Menschenverstandes.

Der Berliner Berichterstatter der gleichen Zeitung schreibt, vor der Geschichte werde Deutschland immer als friedliche Nation erscheinen, die nur dann Krieg führe, wenn er ihr aufgezwungen werde. Der Berichterstatter fragt dann die maßgebenden Männer in Frankreich und England, ob sie wirklich die Verantwortung auf sich nehmen wollten, das Leben von Millionen zu opfern, die nutzlos gegen den Westwall anrennen würden. Leichter müßten sich Menschen finden, die die Verantwortung für Friedensverhandlungen mit Adolf Hitler tragen wollen, der nach seinem glorreichen Siege so maßvoll und aufgeschlossen sei.

Der Korrespondent der Zeitung „Madrid“ faßt seine Betrachtungen über die Kriegslage in folgender Feststellung zusammen: An einen Zusammenbruch Deutschlands zu glauben, ist leerer Wahn. Ein Volk von 80 Millionen mit offener Tür nach Norden, Süden und Osten ist unbesiegbar.

„Krieg im Westen ein tragischer Unsinn“

Auch die italienische Presse setzt sich angesichts der erfolgreichen Vordringung des polnischen Feldzuges durch die deutschen Truppen in verstärktem Maße für den Frieden ein. „Das Ende des Konflikts in Polen und die klare Rede Adolf Hitlers stellen Regierungen und Völker vor neue Verantwortung“, so betont „Popolo di Roma“. Deutschland habe, wie Hitler in seiner Rede, die einen entscheidenden Beitrag für die Befriedung Europas bilde, betont habe, begrenzte Ziele gehabt und habe sie mit einer raschen Kriegsaktion erreicht und sei bereit, zur friedlichen Arbeit zurückzukehren. Alle erhofften, in diesen für die Weltgeschichte entscheidenden Stunden, daß die Klugheit die Regierenden erleuchte und sie den rechten Weg finden lasse, um nach Niederlegung der Waffen die Arbeit zum Wiederaufbau aufzunehmen.

Der „Messaggero“ unterstreicht, nach dem Abschluß des polnischen Konflikts existiere ein wirkliches Kriegsziel nicht mehr, vielmehr würden die Heere der Demokratien nicht wissen, weshalb sie kämpfen. Ermutigung zum Frieden komme aus Danzig, Adolf Hitler habe allen den Weg klar aufgezeigt. Den Krieg im Westen wegen Polen fortsetzen zu wollen, wäre ein tragischer Unsinn, eine der tragischsten Wider sinnigkeiten der Geschichte.

„Die Verantwortung liegt bei England“

Die größte norwegische Tageszeitung „Aftenposten“ schreibt, Adolf Hitler habe deutlich ausgesprochen, daß er keinen Weltkrieg wünsche und im Westen keine Forderungen stelle. Daß Deutschland einen Weltkrieg nicht wolle, so unterstreicht das Blatt, dürfe man aber nicht als Furcht auslegen. Die Frage Weltkrieg oder Friede hänge nicht mehr von Deutschland ab sondern von England. Wolle England den Krieg, so werde dieser von Deutschland hart und erbittert geführt werden. Verüchten die Westmächte, ihn in die Länge zu ziehen, so könne Deutschland auch eine schnelle Entscheidung durchdrücken.

Die norwegische Zeitung „Nationen“ schreibt: Die Weiterführung des Krieges sei sinn- und zwecklos, denn Polen wird in der Gestalt von Versailles nie mehr auferstehen. Dafür wird nicht nur Deutschland, sondern auch Rußland sorgen.

Die Forderung der Oststaaten

Anerkennung des normalen Handelsverkehrs.

Zu der Verlautbarung über die Kopenhagener Konferenz wird von unterrichteter Seite u. a. noch erklärt: Die Zukunft der Staatsminister und Außenminister Skandinavien und Finnlands gestaltete sich zu einer Kundgebung des Willens des Nordens, eine strenge und nach allen Seiten hin gleichmäßige Neutralitätspolitik zu führen. Zugleich erwies sich die Konferenz als eine einigte und starke Befestigung der Auffassung, daß die nordischen Länder die Anerkennung des Rechtes erwarten, ihr normales Leben, soweit das überhaupt in einer Kriegszeit möglich ist, fortzusetzen.

Das bedeutet, so wird weiter erklärt, in erster Linie, der Norden beanspruche, seinen normalen Handelsverkehr mit anderen Ländern, auch mit den Kriegführenden, aufrechtzuerhalten, was glücklicherweise bisher von keiner Seite bestritten worden ist. Indessen muß selbst im besten Fall mit Schwierigkeiten, dem Ausbleiben unentbehrlicher Waren oder zumindest der Verzögerung bestimmter Lieferungen gerechnet werden. Hier nun können die nordischen Länder, ebenso wie das in den Kriegsjahren 1914 bis 1918 geschah, durch einen Warenaustausch in großem Ausmaß praktisch einander helfen.

Diese Feststellung, die von den Regierungschefs der nordischen Länder im gleichen Sinne gemacht worden ist, ist das dritte Ergebnis der Kopenhagener Beratungen. Andererseits ist der Norden keine wirtschaftliche Einheit. Norwegen, Schweden und Finnland können nicht dänische Ueberzeugungsproduktion von landwirtschaftlichen Waren ablehnen, ebensowenig wie die Holzproduktion Schwedens und Finnlands in den anderen nordischen Ländern abgelehnt werden kann.

So zeigt sich klar die Notwendigkeit, daß der Norden zur Aufrechterhaltung seines Wirtschaftslebens auch während des Krieges mit der Welt Handel treiben muß, nicht um am Krieg zu verdienen, sondern um überhaupt leben zu können. In diesem Zusammenhang erwartet man nach der „Nationaltidende“ die Bildung einer Art Nordischen Wirtschaftsrates, der die beste und schnellste Ausnutzung des vorbereiteten internationalen Warenaustauschprogramms sichern soll.

„Europakrieg geht USA. nichts an“

Henry Ford gegen jede Aenderung des Neutralitätsgesetzes.

Der bekannte amerikanische Industrielle Henry Ford erklärte in einer Presseunterredung, daß er gegen jede Aenderung des bestehenden amerikanischen Neutralitätsgesetzes sei, das von Männern abgefaßt worden sei, die wüßten, was Krieg bedeutet. Der europäische Krieg gehe Amerika nichts an. Der einzige Zweck der beabsichtigten Aenderung des Neutralitätsgesetzes sei, es den Munitionsfabrikanten zu ermöglichen, aus dem durch den Krieg verursachten Menschenleib finanzielle Vorteile zu ziehen. Die einzigen Leute, die Krieg wünschten, seien jene, die daraus profitieren wollten. Gerade die unveränderte Beibehaltung des Neutralitätsgesetzes werde ein Mittel sein, den europäischen Krieg schnell zu beenden.

Henry Ford, der nach dem Ausbruch des Weltkrieges von 1914 mehrfach versucht hatte, die Ausbreitung auf die Vereinigten Staaten zu verhüten, erklärte weiter, seine Bemühungen in der jetzigen Lage würden sich wenigstens vorläufig auf einen Appell an die Vernunft beschränken und er sei überzeugt, daß der gesunde Menschenverstand siegen werde.

Polnisches Untermenschentum

Erschütternde Augenzeugenberichte.

Ueber die bestialische Ermordung des völkischen Gutsherrn Dr. Kirchhoff in Gorkowo (Kr. Gostyn) wird von einem Augenzeugen folgendes berichtet: Dr. Kirchhoff, Weltkriegsinvalid, trug eine Pro-

these an Stelle des im Kriege zerschmetterten rechten Beines. Die vertierten Mörder haben Dr. Kirchhoff mit einer Axt nicht nur diese Prothese, sondern bei lebendigem Leibe auch noch das gesunde linke Bein abgehakt. Sie haben ihn dann entmannt, beide Ohren abgeschnitten und die Nase aufgerissen. Nach dieser Tat haben die Verbrecher den so entsetzlich Verstümmelten sich selbst überlassen. Dr. Kirchhoff hat sich mit seinen furchtbaren Wunden noch eine Zeit lang quälen müssen, bis ihn der Tod erlöste.

Der Pole Franz Kujewski aus Posen, der als ehemaliger deutscher Kriminalbeamter und während des Weltkrieges Feldpolizeiwachmeister trotz seiner polnischen Abstammung den Polen verdächtig war und mit über 280 Deutschen von Posen am 1. September verschleppt wurde, dann aber unweit Sopotno bei einem deutschen Fliegerangriff entkommen konnte, gibt als Augenzeuge an, daß alle Verschleppten in un menschlicher Weise auf dem Fuhrmarsch von Posen über Gdynia, Schwerzen, Koszow von den Polen geschlagen und vielfach schwer verletzt wurden. Kujewski bestätigt, daß die Verschleppten während des mehrtägigen Abtransports keinerlei Verpflegung, außer wenig Wasser, erhalten haben und daß sie von den Begleitmannschaften fortgesetzt mit der Drohung eingeschüchert wurden, daß sie am Ziel des Transportes ihr eigenes Grab schaufeln müßten und dann erschossen würden.

Jenseits von Recht und Moral

Wie Polen die Angehörigen des Thormer Generalkonsulats behandelt.

Das völkerrechtswidrige Verhalten Polens gegenüber den amtlichen Vertretern des Deutschen Reiches kam besonders traf bei der Abtransportierung der Angehörigen des Generalkonsulats Thorm zum Ausdruck. Ein Polizeikommissar im Rang eines Majors mit fünf bewaffneten Polizeibeamten zwang am 1. September sämtliche im Generalkonsulat befindlichen Reichsdeutschen und Volksdeutschen, das Gebäude nicht mehr zu verlassen, die Amtsschilder abzunehmen, die Antennen niederzulegen und die Radioapparate zu verpacken. Der Garten des Generalkonsulats wurde polizeilich besetzt und der Wachhund des Generalkonsulats von einem polnischen Polizeibeamten, der zur gewaltsamen Öffnung des Gartentores den Zaun überklettern hatte, erschossen.

Dieses unglaubliche Verhalten der polnischen Polizei gegenüber den völkerrechtlich geschützten Vertretern des Deutschen Reiches zeigt, wie viele andere Belege, daß Polen weder Recht noch Moral gelten läßt, wo es die Gewalt hatte.

Churchill tröstet sich mit Lügen

Anerkennung des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine für die Versenkung der „Courageous“.

Winston Churchill, der Erste Lord der Admiraltät, behauptete erneut, daß das deutsche U-Boot, das die „Courageous“ torpedierte, von einem der Begleitschiffe dieses Flugzeugträgers „versenkt“ worden sei.

Demgegenüber steht fest, daß das U-Boot mehrere Stunden nach seinem Angriff auf die „Courageous“ selbst seinen Sieg meldete. Im übrigen hat der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine inzwischen Kommandant und Besatzung des U-Boots seine Anerkennung ausgesprochen. Bemerkenswert ist weiter, daß Winston Churchill, der Marineminister, als Fachmann meinte, er könne sich nicht erklären, wie es dem deutschen U-Boot möglich gewesen sei, trotz des vollen Gelichtes von Zerstörern so nahe an den Flugzeugträger heranzukommen. Damit hat auch Herr Churchill Kommandant und Besatzung des deutschen U-Boots unaufgefordert seine Anerkennung ausgesprochen.

Belgiens Leiden unter der englischen Seeräuberei

Der belgische Kabinettsrat billigte am Donnerstag mehrere Verordnungen, die sich in der Hauptsache auf die Regelung des belgischen Wirtschaftslebens während der Kriegszeit beziehen. U. a. sieht eine Verordnung die Rationierung von Erdöl und Erdölzeugnissen vor. Ferner wird die Regierung ermächtigt, den Bestand der in Belgien vorhandenen Waren aufzunehmen, um ihre Verwendung in Belgien zu regeln.

